

Antrag 165/I/2025**KDV Neukölln****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Ungarn in der EU sanktionieren**

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestags und
 2 die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregie-
 3 rung,
 4 die sozialdemokratischen Mitglieder des EU-Parlaments
 5 und die Sozialdemokratischen Mitglieder der Europäi-
 6 schen Kommission werden aufgefordert:
 7
 8 Die Mitgliedschaft Ungarns in der EU gem. Art. 7 EUV zu
 9 suspendieren, Ungarn alle finanziellen Zuwendungen der
 10 EU streichen und die ungarische Regierung ultimativ auf-
 11 fordern, alle LGBTQ*-feindlichen Gesetzgebungen, insbe-
 12 sondere die Untersagung von Pride-Veranstaltungen und
 13 die automatische Gesichtserkennung von Teilnehmenden
 14 von Pride Paraden, sofort zu beenden und zu europäi-
 15 schen Rechtsnormen und allgemeinen Grundsätzen von
 16 Menschenrechten ohne jegliche staatliche Diskriminie-
 17 rung zurückzukehren.
 18
 19 Sollte die ungarische Regierung diese neue Grenzüber-
 20 schreitung beibehalten, werden sich die sozialdemokrati-
 21 schen Mitglieder der betroffenen Parlamente für eine Sus-
 22 pendierung der Mitgliedschaft Ungarns in der EU mit allen
 23 nötigen Mitteln einsetzen.
 24
25 Begründung
 26 Europa und insbesondere die EU ist mehr als nur ein Staa-
 27 tenbund mit nationalen Eigeninteressen. Die EU ist auch
 28 und gerade eine Wertegemeinschaft, die Menschen er-
 29 möglicht, sich zu entfalten, angstfrei zu leben und vor al-
 30 lem frei von Diskriminierung ihr Leben zu gestalten.
 31
 32 Diese Werte tritt die ungarische Regierung unter Viktor
 33 Orban seit Jahren mit Füßen und verhöhnt Menschen in
 34 ganz Europa, die sich für universelle Menschenrechte ein-
 35 setzen und diese Rechte verteidigen.
 36
 37 Der neueste Angriff auf die schwul-lesbische Gemein-
 38 schaft mit dem Verbot von Pride Paraden und der Andro-
 39 hung von automatischer Gesichtserkennung, um die Teil-
 40 nehmenden zu identifizieren und zu sanktionieren, ist ein
 41 erneuter Tiefpunkt und ein eindeutiges Zeichen für die au-
 42 tokratische und undemokratische Ausrichtung der Orban-
 43 Regierung.
 44
 45 Die EU kann sich nicht mehr länger leisten, diesem Treiben
 46 tatenlos zuzusehen.
 47

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestags und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregie-
 rung,
 die sozialdemokratischen Mitglieder des EU-Parlaments und die Sozialdemokratischen Mitglieder der Europäi-
 schen Kommission werden aufgefordert:

Die **Rechte der Mitgliedschaft** in der EU gem. Art. 7 EUV zu suspendieren, Ungarn alle finanziellen Zuwendungen der EU streichen und die ungarische Regierung ultimativ auffordern, alle LGBTQ*-feindlichen Gesetzgebungen, insbesondere die Untersagung von Pride-Veranstaltungen und die automatische Gesichtserkennung von Teilnehmenden von Pride Paraden, sofort zu beenden und zu europäischen Rechtsnormen und allgemeinen Grundsätzen von Menschenrechten ohne jegliche staatliche Diskriminierung zurückzukehren.

Sollte die ungarische Regierung diese neue Grenzüberschreitung beibehalten, werden sich die sozialdemokratischen Mitglieder der betroffenen Parlamente **auf die Suspensionsierung der Rechte der Mitgliedschaft Ungarns** in der EU mit allen nötigen Mitteln einsetzen.

48 Wir fordern daher, Ungarn schnellstmöglich alle finanziell
49 Mittel der EU zu entziehen und auf die Suspendierung
50 der Mitgliedschaft des Landes in der EU hinzuwirken.

51
52 Niemand ist gezwungen, sich einer Wertegemeinschaft
53 anzuschließen. Wer nur die Vorteile dieser Gemeinschaft
54 nutzen will, ohne sich an die Regeln und Werte zu halten,
55 hat sein Recht an der Teilhabe in dieser Gemeinschaft ver-
56 wirkt.

57
58 Dies muss auch als Zeichen an alle anderen Länder, die
59 autokratische Bestrebungen ihrer Regierungen zulassen,
60 verstanden werden.